

Demokratie ist die gefährlichste Religion: Teil 2 – Abnick-Parlamente

21. Oktober 2022 | Larry Romanoff



In der westlichen Presse ist oft zu lesen, dass China ein Parlament hat, das „alles absegnet“. Das stimmt nicht, und ich werde mich weiter unten damit befassen, aber wenn wir ein echtes Beispiel für ein wirkliches Absegnungsparlament suchen, können wir in ein Nachbarland der USA schauen: Kanada.

In Kanada wird der Vorsitzende der Partei, die die Wahl gewinnt, automatisch zum Premierminister ernannt. Er wählt dann das Kabinett aus, dem die Minister für Finanzen, auswärtige Angelegenheiten, Gesundheit usw. angehören und das über alle Gesetze entscheidet, die vorgeschlagen und verabschiedet werden. Diese Ernennungen werden ausschließlich von einem Mann vorgenommen, wobei die Kabinettsmitglieder nach Belieben ernannt und entlassen werden können. Es sollte klar sein, dass ein Premierminister nur solche Personen in sein Kabinett beruft, die die Welt mit seinen Augen sehen; er ist auf Konformität und Übereinstimmung aus, nicht auf Vielfalt und Konflikt. Alle müssen vom selben Drehbuch ablesen.

Der Premierminister bestimmt den Charakter und die Landschaft, die „Psyche“ der aktuellen Regierung, was sich in der Auswahl der Minister im Kabinett widerspiegelt. Kein Gesetz wird dem Parlament ohne die Zustimmung des Premiers vorgelegt. Ohne die ausdrückliche Genehmigung des Premierministers wird kein Thema, sei es ein Gesetz oder ein anderes, im Kabinett zur Diskussion gestellt. Jedes Kabinettsmitglied, das sich anmaßt, unerwünschte Themen einzubringen, wird abgewiesen oder entlassen.

Als Justin Trudeaus Vater, Pierre Trudeau, Premierminister von Kanada war, bestand seine traditionelle Methode im Umgang mit naiven Junior-Kabinettsmitgliedern, die es wagten, seine Vorschläge in Frage zu stellen oder ihnen zu widersprechen, darin, aufmerksam zuzuhören und dann zu sagen: „Hat sonst noch jemand etwas Dummes zu sagen?“ Einmal hat in der Regel gereicht; die Kabinetts-

mitglieder kennen ihren Platz. Wenn neue Gesetze oder Regierungsinitiativen im Kabinett diskutiert werden, kann es zu Meinungsverschiedenheiten und offenen Debatten über Details kommen, aber die endgültige Form wird unweigerlich die Wünsche des Premierministers widerspiegeln. Im wirklichen Leben wird sie die Wünsche seiner externen Berater und derjenigen widerspiegeln, die für seinen Wahlkampf bezahlt haben, aber das müssen wir jetzt nicht weiter ausführen.

Wenn ein Gesetz beschlossen wird, wird es dem Parlament zur Debatte vorgelegt, was im wirklichen Leben eine bloße Herablassung zum Schein der Demokratie ist, denn es ist bereits beschlossen, dass das Gesetz verabschiedet wird. Die Oppositionspartei kann innerhalb bestimmter Grenzen debattieren, was sie auch tut, aber das Gesetz wird immer verabschiedet, weil die Regierungspartei die Mehrheit der Stimmen hat. In der realen Welt der Politik sind die Parlamentsdebatten eine Farce. Die Mitglieder der Regierungspartei debattieren immer dafür, während die Mitglieder der Opposition immer dagegen debattieren.

Das einzige Ziel der Opposition ist es, die Regierung zu verzögern und zu lähmen, vielleicht sogar in Verlegenheit zu bringen, und politische Punkte zu sammeln, die bei der nächsten Wahl wertvoll sein könnten. Wie jedem Schulkind beigebracht wird, besteht der vordergründige Zweck der Opposition darin, die Regierung auf Trab zu halten und ehrlich zu sein, Alternativen aufzuzeigen, Schwachstellen oder Gefahren zu beleuchten, aber das politische System ist viel schroffer und bösartiger als dies. Regierungspolitik ist in jeder Demokratie ein ziemlich schmutziges Geschäft, keineswegs das edelmütige und selbstlose System, das in den Schulbüchern dargestellt wird.

Wenn über neue Gesetze abgestimmt wird, stimmen die Mitglieder der Regierungspartei immer dafür; sie haben keine andere Wahl. Gegen die Gesetzesentwürfe der eigenen Regierung zu stimmen, würde den Ausschluss aus der Partei und das Ende der politischen Karriere bedeuten. Das ist praktisch nicht üblich. Natürlich stimmen alle Oppositionsabgeordneten gegen die Gesetzesentwürfe, aber da sie in der Minderheit sind, hat dies keine Auswirkungen und die Gesetze werden immer verabschiedet.

Kein Mitglied eines demokratischen Parlaments darf „nach seinem Gewissen abstimmen“, es sei denn, der Premierminister erteilt seine Zustimmung zu den trivialsten Angelegenheiten, und das geschieht fast nie. Wenn der Regierungschef seinen Parteimitgliedern gelegentlich die „Freiheit“ einräumt, so abzustimmen, wie sie es wünschen, und nicht, wie es ihnen gesagt wird, wird das in den Medien als große Sache dargestellt. Leider geht es dabei immer um eine triviale Frage, die nicht von einer Ideologie vereinnahmt werden kann.

Art 38 Absatz 1 Grundgesetz: Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“. [Tatsächlich herrscht Fraktionszwang.](#)

In Wahrheit dient die Oppositionspartei in der realen Welt der demokratischen Politik keinem nützlichen Zweck und erreicht nichts, sie ist einfach eine enorme Verschwendung von Zeit und Geld. Die Opposition hat keine Macht, den Kurs

der regierenden Regierung zu beeinflussen. Sie kann nur verzögern, aber keine Gesetze oder Maßnahmen der Regierungspartei beeinflussen oder verhindern. Die Opposition ist völlig entmachteter, völlig machtlos. Im wirklichen Leben ist sie ein so nutzloses Gremium, dass die Mitglieder genauso gut nach Hause gehen und sich auf die nächsten Wahlen in vier Jahren vorbereiten könnten.

Die Situation ist nicht anders, wenn die Regierungspartei nicht über die Mehrheit der Sitze im Parlament verfügt und gezwungen ist, eine Koalition mit einer der kleineren Parteien einzugehen. Es wird ein gewisses Geben und Nehmen geben, aber in der Koalitionsvereinbarung wird festgehalten, dass die Minderheitspartei die Regierung bei allen Abstimmungen im Parlament unterstützen wird, so dass die Mehrheit erhalten bleibt. Zwar kann die Ideologie der Koalitionspartei verhindern, dass dem Parlament ein bestimmtes Gesetz vorgelegt wird, aber ansonsten ist alles im Wesentlichen gleich.

Dies ist nicht nur ein echtes „Abnick-Parlament“, sondern stellt in der realen Welt der demokratischen Systeme eine Ein-Mann-Diktatur für vier Jahre dar. So sieht es in Wirklichkeit aus, zumindest in Kanada, und den verfügbaren Informationen zufolge ist die Situation im Wesentlichen in allen Demokratien, ob westlich oder nicht, die gleiche. Die USA bilden aufgrund ihrer abweichenden Struktur eine Ausnahme, aber die Ergebnisse sind in vielerlei Hinsicht vergleichbar.

Der einzige Ort, an dem diese Darstellung auf Schwierigkeiten stößt, ist ein schwacher oder inkompetenter Premierminister, so dass eine Mehrheit der Mitglieder des Kabinetts und des Parlaments das Vertrauen in ihren Führer verliert und einen Wechsel erzwingt. Aber nach dem Wechsel kehrt die Situation zur Normalität zurück, d. h. zur Ein-Mann-Diktatur und dem Parlament, das sie absegnet.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in einer westlichen „Demokratie“ wie der kanadischen der Parteivorsitzende – der Premierminister – zu 100 Prozent die Kontrolle über sein Kabinett hat, und das Kabinett hat 100 Prozent Kontrolle über alle Abstimmungsfragen, die dem Parlament vorgelegt werden. Der Premierminister hat auch 100 Prozent Kontrolle über das Abstimmungsverhalten der Parteimitglieder, die sich entweder anpassen oder die Partei verlassen können, und das bedeutet, dass die gesamte Partei entweder die Wünsche und Entscheidungen des Premierministers „absegnet“ oder politisch exekutiert wird. Sie müssen für ihre „Mannschaft“ stimmen. Alles andere ist sowohl Ketzerei als auch Selbstmord. So haben wir im wirklichen Leben eine Ein-Mann-Diktatur. In Wahrheit sind es die westlichen Länder wie Kanada, nicht China, die „zeremonielle“ und „absegnende“ Parlamente haben und „autoritäre Diktaturen“ sind.

Chinas Parlament

Die britische *Sunday Times* schrieb 2010:

Wenn sich die Abgeordneten in den prunkvollen Sitzungssälen der Großen Halle des Volkes versammeln, zeigen sie wenig Bereitschaft, sich auf harte Diskussionen über die heißen Themen des Tages einzulassen – Wohnungsbau, Inflation oder Beschäftigungsmöglichkeiten. Nicht umsonst wird der Nationale Volkskongress mit so treffenden Klischees wie „Absegner“ und „zeremoniell“ beschrieben.

Man könnte fast meinen, dies sei ein Scherz, aber die Times berichtet weiter über einige der „brennenden Fragen des Tages“, zu deren Erörterung das chinesische Parlament „wenig Bereitschaft“ zeigte: „Eine Frau machte den Vorschlag, alle privaten Internetcafés zu verbieten. Andere Vorschläge beinhalteten die Forderung, die Nationalhymne als Klingelton für Mobiltelefone zu verbieten, und ein anderer ein Gesetz, das von Ehemännern verlangt, ihre Frauen für die Hausarbeit zu entlohnen.“ Was soll man dazu sagen? Schande über das chinesische Parlament für seine mangelnde Bereitschaft, sich auf eine „harte Diskussion“ über diese brisanten Themen einzulassen.

Westler sind an die pompösen, zänkischen und oft jugendlichen Debatten in ihren jeweiligen Parlamenten gewöhnt. In Australien und Südkorea sind die „knallharten Diskussionen“ wortwörtlich zu nehmen, denn die gewählten Abgeordneten prügeln sich oft oder bewerfen sich gegenseitig mit Büchern und Möbeln. Andere westliche Parlamente sind nicht viel besser. In den USA bezeichnete ein Senator ein Oppositionsmitglied als „just a chicken-shit thief“ (nur ein Hühnerscheiße-Dieb); vermutlich ließ er sich von einem der „heißen Themen des Tages“ dazu hinreißen. Im Westen wird dies seltsamerweise als normal akzeptiert, und es gibt verschiedene – nichtssagende – Entschuldigungen dafür. Aber es sollte keine Entschuldigung dafür geben, dass sich die obersten Führer und Beamten einer Nation auf ein derartig emotionales, kindisches Verhalten einlassen. Die bloße Abwesenheit dieser Art von unreifer Dummheit in Chinas Parlament wird als Beweis für dessen zeremoniellen Absegnungsstatus herangezogen, was offenbar bedeutet, dass es ohne Idiotie keine Macht gibt.

China wird von einer Meritokratie der offenen Tür mit fast 100 Millionen Mitgliedern geführt, zu der auch das nationale Parlament gehört. Der Nationale Volkskongress ist kein Abgesang auf einen nicht existierenden kommunistischen Diktator. Die jährlichen Parlamentssitzungen des Landes finden in Peking statt, wo fast 3.000 Abgeordnete und Berater zusammenkommen, die die 1,4 Milliarden Menschen in China vertreten. Die Behauptung, dass entscheidende Fragen nicht angesprochen werden, ist Unsinn. Chinas System ist einfach anders als das der westlichen Länder, und dieser Unterschied ist ein qualitativer. Noch einmal: China ist eine pluralistische Gesellschaft, ganz im Gegensatz zu den USA und dem Großteil des Westens. Die Chinesen diskutieren und debattieren so viel wie jeder andere auch, aber das Ziel ist ein Konsens darüber, was langfristig im besten Interesse der Nation als Ganzes ist.

Das sollte für Westler leicht zu verstehen sein, ist es aber vielleicht nicht. Ein großer Unterschied besteht darin, dass bei nur einer Partei alle im selben Team sind und nach der besten langfristigen Lösung für die gesamte Nation suchen. In China gibt es nicht zwei oder drei „Teams“, deren Mitglieder in erster Linie darauf bedacht sind, bei der nächsten Wahl die Kontrolle zu erlangen. Die chinesischen Regierungsbeamten sind also keine „Politiker“, die im ideologischen Wettbewerb stehen, sondern Regierungsbeamte, die nach Lösungen suchen. Es liegt auf der Hand, dass in einer so großen parlamentarischen Gruppe Standpunkte aus allen Ecken des gesellschaftlichen Spektrums vertreten sind. Die Mitglieder des chinesischen Parlaments lesen absolut aus demselben Drehbuch, wenn es um die Verjüngung ihrer Nation geht, aber die Mitglieder der Fraktion spiegeln alle möglichen Meinungen und Positionen wider.

Dies gilt auch für ein Unternehmen, in dem die leitenden Angestellten und die Vorstandsmitglieder anfangs sehr unterschiedliche Meinungen über die Zukunft des Unternehmens haben können, aber ihre Aufgabe besteht darin, all diese Positionen zu einem kohärenten Zukunftsweg zusammenzuführen. Es kann zu langwierigen und sogar hitzigen Diskussionen kommen, bis die gegensätzlichen Standpunkte besänftigt und in einer einstimmigen Vereinbarung zusammengefasst werden können, aber bei all dem sind alle im „gleichen Team“ und suchen nach dem akzeptabelsten Ergebnis für das Unternehmen als Ganzes.

Im Gegensatz dazu gibt es in allen „Demokratien“ zwei oder mehr Parteien, deren primäres Interesse nicht das Wohl der Nation oder das Wohlergehen des Volkes ist, sondern die nächste Wahl zu gewinnen und an der Macht zu bleiben. Das Regieren einer Nation wird so auf eine Art Mannschaftssport reduziert, bei dem es in erster Linie um den Sieg „unserer Mannschaft“ geht. Es

ist eine Legende, dass jedes Unternehmen, das auf diese Weise geführt wird, auf den Bankrott zusteuert, und die unausweichliche Wahrheit ist, dass dies bei der Regierung nicht anders ist. Dies ist einer der Fehler, die in unseren Grundschullehrbüchern nicht vorkommen.

Aber es gibt noch mehr. Die chinesische Kultur ist anders als die des Westens. Wenn die Mitglieder des chinesischen Parlaments über neue Gesetze und neue 5-Jahres-Pläne diskutieren, sind sie nicht dazu da, einen „TV-Moment“ zu schaffen oder Stimmen auf Kosten anderer zu sammeln – eine Behauptung, die niemand über westliche Regierungen aufstellen kann. Diejenigen, die in asiatischen Ländern arbeiten, wissen, dass viele Diskussionen offline stattfinden, dass die Debatten, die kritische Prüfung aller Aspekte von Themen, im Vorfeld von vielen Menschen in vielen Gruppen durchgeführt werden, bis sich ein Konsens abzeichnet. Es ist zweifellos richtig, dass viele dieser Diskussionen intensiv, vielleicht sogar hitzig sind, aber im Gegensatz zu den USA, Kanada und dem Westen im Allgemeinen ziehen es die Chinesen vor, ihre schmutzige Wäsche nicht hysterisch vor aller Welt auszubreiten. Familienstreitigkeiten werden innerhalb des Hauses ausgetragen, wo sie hingehören, und den ausländischen Nachbarn wird ein einheitliches Gesicht gezeigt. Das kann man China nicht zum Vorwurf machen.

Wenn überhaupt, dann ist der Nationale Volkskongress ein Beispiel dafür, wie Erwachsene Entscheidungen treffen, ohne das jugendliche Getue und Gezänk, das in den westlichen politischen Systemen üblich ist. Natürlich wird dies alles dadurch begünstigt, dass es nur eine einzige politische Partei gibt. Da es keine ideologischen „Teams“ gibt, die Konflikte heraufbeschwören, kommen die Mitglieder einfach zur Sache. Es sollte offensichtlich sein, dass niemand diese zusätzlichen politischen Parteien braucht, aber die Chauvinisten können nicht anders denken. Für sie sind mehrere Parteien eine theologische Angelegenheit.

Die großen Parlamentssitzungen in China dienen in der Regel der Vorlage der endgültigen Vereinbarung. Bis die Themen dem chinesischen Parlament vorgelegt werden, können monatelange Diskussionen in unterschiedlich großen und gemischten Gruppen stattgefunden haben, in denen jeder Einzelne alle Alternativen erkundet und die unangemessenen oder nicht durchführbaren aussortiert hat, bis alle auf derselben Seite stehen. Sie alle haben an den Bewertungen und Debatten teilgenommen und den angestrebten Konsens bereits erreicht. Einspruch zu erheben ist dann in gewisser Weise schon zu spät. Sie führen dann eine förmliche Abstimmung durch, um die bereits getroffenen Entscheidungen einfach zu bestätigen.

Auf diese Weise gelangen die Vorschläge zu dem Punkt, an dem schließlich über sie abgestimmt wird, und deshalb erhalten sie normalerweise eine überwältigende Zustimmung. Manchmal kommt es vor, dass einige wenige Ausreißer mit extrem fester Überzeugung sich weigern, Kompromisse einzugehen, und daher gegen einen Vorschlag stimmen, aber diese Leute sind in der Regel Obstruktionisten und keine guten „Teamplayer“ und vielleicht nicht lange in der Welt der Regierung. Es ist wirklich ziemlich unaufrichtig, zu behaupten, dass der chinesische Prozess eine „Absegnung“ durch Leute ist, die keine Macht und kein Mitspracherecht haben. Und es ist besonders heuchlerisch, da die westlichen Demokratien selbst dem, was sie verurteilen, am ähnlichsten sind.

Das chinesische System hat auch eine „Opposition“, aber dieses Gremium unterscheidet sich in zwei wesentlichen Punkten von westlichen Regierungen. Außerdem funktioniert sie auf intelligente Weise, so dass wir von drei großen Unterschieden sprechen können. Erstens hat das Gremium nicht die Aufgabe, zu „opponieren“, sondern vielmehr zu beraten. Dieses Gremium hat die Aufgabe, nicht

nur die Richtlinien und die Politik der Regierung zu prüfen, sondern auch Alternativen zu entwickeln und Empfehlungen auszusprechen. Und die Regierung ist gesetzlich verpflichtet, alle diese Konsultationen zu berücksichtigen und darauf zu reagieren – was sie auch tut. Zweitens besteht die Oppositionsgruppe nicht aus den marginalisierten „Verlierern“ wie in den westlichen Systemen, sondern aus einer zweiten Reihe äußerst kompetenter Leute, die nicht in die Spitzenpositionen der Regierung gewählt wurden. Und anstatt all dieses Fachwissen zu verlieren, wurde diese zweite Gruppe geschaffen, um zur Entwicklung ihres Landes beizutragen.

[Teil 1: Einführung](#)